Synopse 1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung

§ 6 Abs. 1 in der Fassung Stadtratsbeschluss vom 29. Oktober 2014	neue Fassung § 6 Abs. 1
<p style="text-align: center;">§ 6</p> <p style="text-align: center;">Zuständigkeit des Oberbürgermeisters und der beschließenden Ausschüsse</p> <p>(1) Der Oberbürgermeister entscheidet abschließend über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen bis 100.000,- Euro Mehrausgabe je Einzelansatz, 2. Rechtsgeschäfte im Sinne des § 45 Abs. 2 Nr. 10 und 16 KVG LSA, deren Vermögenswert 50.000,- Euro nicht übersteigt, 3. Rechtsgeschäfte im Sinne des § 45 Abs. 2 Nr. 7 KVG LSA, deren Vermögenswert 250.000,- Euro nicht übersteigt, 4. den Abschluss befristeter Miet-, Pacht- oder sonstiger Nutzungsverträge, deren Entgelt ohne Nebenkosten für die Gesamtlaufzeit 250.000,- Euro nicht übersteigt, 5. die Vergabe von Bauleistungen (VOB) und Nachträgen bis 150.000,- Euro, die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (VOL) bis 40.000,- Euro und die Vergabe von Leistungen nach der HOAI bis 100.000,- Euro sowie von sonstigen Leistungen analog der VOF bis 15.000,- Euro, 6. die Ausführung von Bauvorhaben – Hoch-, Tief- und Gartenbau – bei Gesamtkosten von bis zu einschließlich 150.000,- Euro (Baubeschluss), 7. die Vergabe von Städtebaufördermitteln einschließlich des städtischen Anteils bis 150.000,- Euro, 8. die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen für einzelne Aufgaben der Stadt bis zu einem Vermögenswert von 25.000,- Euro, 9. den Abschluss von Erschließungsverträgen, städtebaulichen Verträgen und Durchführungsverträgen zu Vorhaben- und Er- 	<p style="text-align: center;">§ 6</p> <p style="text-align: center;">Zuständigkeit des Oberbürgermeisters und der beschließenden Ausschüsse</p> <p>(1) Der Oberbürgermeister entscheidet abschließend über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen bis 100.000,- Euro Mehrausgabe je Einzelansatz, 2. Rechtsgeschäfte im Sinne des § 45 Abs. 2 Nr. 10 und 16 KVG LSA, deren Vermögenswert 50.000,- Euro nicht übersteigt, 3. Rechtsgeschäfte im Sinne des § 45 Abs. 2 Nr. 7 KVG LSA, deren Vermögenswert 250.000,- Euro nicht übersteigt, 4. den Abschluss befristeter Miet-, Pacht- oder sonstiger Nutzungsverträge, deren Entgelt ohne Nebenkosten für die Gesamtlaufzeit 250.000,- Euro nicht übersteigt, 5. die Vergabe von Bauleistungen (VOB) und Nachträgen bis 150.000,- Euro, die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (VOL) bis 40.000,- Euro und die Vergabe von Leistungen nach der HOAI bis 100.000,- Euro sowie von sonstigen Leistungen analog der VOF bis 15.000,- Euro, 6. die Ausführung von Bauvorhaben – Hoch-, Tief- und Gartenbau – bei Gesamtkosten von bis zu einschließlich 150.000,- Euro (Baubeschluss), 7. die Vergabe von Städtebaufördermitteln einschließlich des städtischen Anteils bis 150.000,- Euro, 8. die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen für einzelne Aufgaben der Stadt bis zu einem Vermögenswert von 1.000,- Euro, 9. den Abschluss von Erschließungsverträgen, städtebaulichen Verträgen und Durchführungsverträgen zu Vorhaben- und Er-

<p>schließungsplänen, wenn das Erschließungsrisiko für die Stadt oder der städtische Anteil am Erschließungsaufwand 250.000,- Euro nicht übersteigt.</p>	<p>schließungsplänen, wenn das Erschließungsrisiko für die Stadt oder der städtische Anteil am Erschließungsaufwand 250.000,- Euro nicht übersteigt.</p>
--	--